

## Früherer UN-Botschafter Boliviens: EU-Klimaschutz "scheinheilig"



Pablo Solon vor COP24 im "Kathpress"-Interview: Freihandel mit Lateinamerika würde Amazonas-Regenwald zerstören - NGO-Plattform "Allianz für Klimagerechtigkeit" fordert von Regierung Emissionsreduktion und "planbare Unterstützung" der Klimawandel-Opfer

### KLIMAGIPFEL

15.11.2018, 14:34 Uhr Österreich/Klimaveränderung/Umwelt/Klimaerwärmung/Kirche/NGOs

Wien, 15.11.2018 (KAP) Heftige Kritik an einer "scheinheiligen" Haltung der Europäischen Union in Sachen Klimaschutz hat Pablo Solon, früherer Botschafter Boliviens bei der UNO und nunmehr Direktor der NGO "Fundacion Solon", geäußert. "Zugespißt gesagt ist die EU-Position immer dieselbe: Wir machen es nicht so schlecht - andere machen es noch viel schlechter. Das ist genauso falsch wie wenn man Zeuge eines Straßenunfalls wird und trotz des Notfalls nichts tut, weil ja auch die anderen keinen Finger rühren", so der Menschenrechtsaktivist am Donnerstag im Interview mit "Kathpress". Österreich solle sich bei dem Anfang Dezember anstehendem Weltklimagipfel (COP24) im polnischen Katowice anders positionieren.

Solon äußerte sich im Rahmen einer Wiener Pressekonferenz, bei dem die NGOs der "Allianz für Klimagerechtigkeit" ihre Forderungen für Katowice präsentierten. Der als prominente "Stimme aus dem Süden" geladene Solon rief die EU dazu auf, ihre Verantwortung nicht zu verstecken. Europa müsse "viel mehr tun als es bisher tut" und mit allen Kräften zum nötigen Bewusstseinswandel in der Gesellschaft wie auch in der Politik beitragen, um den globalen Temperaturanstieg zu beschränken und damit auch dessen katastrophale Folgen einzudämmen.

Klimaschutz beschränkte sich nicht auf Klimaverträge, sondern sei auch eng mit Wirtschaft und Handel verknüpft, betonte Solon. Insbesondere warnte der bolivianische Experte hier vor dem sich anbahnendem Freihandelsvertrag MERCOSUR mit den lateinamerikanischen Staaten: Komme er zum Abschluss, werde dies den weltweiten Fleischkonsum drastisch ansteigen lassen. "Fleischproduktion ist mittlerweile der wichtigste Faktor dafür, dass der Amazonas-Regenwald - der die grüne Lunge der Erde ist - gerodet wird. Damit ist untrennbar eine weitere Klimaschädigung, jedoch auch viele Verletzungen der Indigenen-, Frauen- und Umweltrechte verbunden", betonte Solon.

Für Katowice forderte der frühere Klimaverhandler Boliviens, dass die Stimmen der indigenen Völker

Amazoniens endlich mehr Berücksichtigung fänden und Maßnahmen zur weiteren Expansion des Agro-Business sowie des nicht nachhaltigen Konsums von Agrargütern aufgehalten werde. Nur durch systemische Alternativen zum Schutz ökologischer Kreisläufe sei das Abwenden der Klimakrise machbar, sowie auch durch Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie. Letztere sehe er in vielen Ländern durch unverantwortliche Politiker und große Konzerne in Gefahr, besonders in Brasilien: "In kaum einen anderen Land werden so viele Umweltaktivisten ermordet wie hier, doch auch in Kolumbien, vielen afrikanischen Ländern und in China ist die Situation ähnlich", verdeutlichte Solon.

1,5 Grad wären noch möglich

Eine Beschränkung des Klimawandels auf 1,5 Grad sei derzeit durchaus noch möglich und eine Trendwende schaffbar, lautete die Kernbotschaft der "Allianz für Klimagerechtigkeit", der 25 Umwelt-, Entwicklungs- und sozialen Organisationen angehören. Der jüngste UN-Klimabericht spreche noch von dieser Option - allerdings nur, wenn dafür "viel stärkere" Anstrengungen unternommen würden. Global müssten dafür aber bis spätestens 2050 die Netto-Emissionen auf Null gesenkt werden, wobei die entwickelten Industrienationen vorangehen müssten. Darum sei es schon bis 2030 notwendig, "dass die EU ihre Treibhausgasemissionen um mindestens 60 Prozent reduziert und nicht um mindestens 40 Prozent, wie es derzeit der Plan ist", rechnete Allianz-Sprecher Martin Krenn vor.

Ärmere Länder benötigen von den reichen Industrienationen eine "planbare finanzielle Unterstützung", um ihre Bevölkerung zu schützen und ihre Treibhausgasemissionen zu minimieren, forderte Krenn. Erst wenn dies erreicht werde, werde das Regelwerk die Zustimmung aller Staaten erhalten, prognostizierte der Projektreferent der Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission (KOO). Derzeit klaffe aber noch eine große Lücke zwischen den zugesagten 100 Milliarden US-Dollar ab 2020 und den tatsächlich von den Industriestaaten bereitgestellten Mitteln.

Die EU gehöre zu den Hauptverursachern des Klimawandels und müsse sich "klar zu ihrer finanziellen Verantwortung bekennen, anstatt die Mitverantwortung von Schwellenländern vorzuschieben", unterstrich auch Krenn die von Solon vorgebrachte Forderung. Als Beispiel für die aktuelle Notlage nannte der Allianz-Sprecher den Inselstaat Fidschi: Eine alleinige Minimierung der Treibhausgasemission reiche hier nicht mehr aus, vielmehr brauche die Bevölkerung Schutz vor "Stürmen, Dürre, dem Anstieg des Meeresspiegels oder versalzenden Ackerböden".

Krisen durch Klimawandel immer komplexer

"Die Klimaerwärmung heizt eine fatale Entwicklung weiter an: Krisen werden komplexer, der humanitäre Hilfsbedarf steigt und die Finanzierung kann dabei nicht mehr mithalten", warnte Barbara Busch, Advocacy Advisor für Internationale Zusammenarbeit beim Österreichischen Roten Kreuz. Der Ausweg könne nur sein, die Auswirkungen künftiger Krisen schon heute mit Katastrophenvorsorge zu verringern.

Ziel der COP24, die von 2. bis 14. Dezember in Katowice stattfindet, müsse die Schaffung eines umfassenden Regelwerks zum Pariser Klimaabkommen sein, das es Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern gleichermaßen ermöglicht, die Pariser Klimaziele zu erreichen, hieß es seitens der Allianz. Rotkreuz-Expertin Busch forderte darum, "dass sich Österreich für ein Ansteigen der bereitgestellten Gelder für Klimaschutz- und Klimaanpassung einsetzt - mit dem Ziel von 2020 bis 2025 jährlich eine Summe von 100 Milliarden Dollar zu erreichen." Das Geld sollte dabei für die lokalen Akteure direkt zugänglich sein, "da sie die nötigen Anpassungen am besten steuern können", so Busch.